

Beschlussvorlage

Drucksache - Nr.

065/21

Beschluss	
Nr.	vom
wird von StSt OB-Büro ausgefüllt	

Dezernat/Fachbereich:
Fachbereich 9, Familien,
Schulen und Soziales

Bearbeitet von:
Köllner, Martina

Tel. Nr.:
82-2463

Datum:
16.04.2021

1. Betreff: Finanzierung Teststrategie

2. Beratungsfolge:	Sitzungstermin	Öffentlichkeitsstatus
1. Gemeinderat	10.05.2021	öffentlich

3. Finanzielle Auswirkungen:
(Kurzübersicht) Nein Ja

4. Mittel stehen im aktuellen DHH bereit: Nein Ja

in voller Höhe teilweise _____ €
(Nennung HH-Stelle mit Betrag und Zeitplan)

5. Beschreibung der finanziellen Auswirkungen:

1. Investitionskosten

Gesamtkosten der Maßnahme (brutto) _____ €

Objektbezogene Einnahmen (Zuschüsse usw.) ./.. _____ €

Kosten zu Lasten der Stadt (brutto) _____ €

2. Folgekosten

Personalkosten _____ €

Laufender Betriebs- und Unterhaltungsaufwand
nach Inbetriebnahme der Einrichtung bzw. der
Durchführung der Maßnahme 700.000 €

Zu erwartende Einnahmen (einschl. Zuschüsse) ./.. 200.000 €

Jährliche Belastungen 500.000 €

Beschlussvorlage

Drucksache - Nr.

065/21

Dezernat/Fachbereich:
Fachbereich 9, Familien,
Schulen und Soziales

Bearbeitet von:
Köllner, Martina

Tel. Nr.:
82-2463

Datum:
16.04.2021

Betreff: Finanzierung Teststrategie

Beschlussantrag (Vorschlag der Verwaltung):

Der Gemeinderat fasst folgenden Beschluss:

Zur Finanzierung der Teststrategie für Kita-Kinder werden außerplanmäßige Aufwendungen von 500 TEUR sowie für die Teststrategie der Mitarbeiter*innen der Stadt Offenburg (Kernverwaltung) von 200 TEUR genehmigt. Die Deckung für die Teststrategie Kita-Kinder soll durch die Kostenersätze des Landes und ggf. Bundes erfolgen, die Deckung für die Teststrategie der Beschäftigten aus allgemeinen Haushaltsmitteln – coronabedingter Mehraufwand.

Beschlussvorlage

Drucksache - Nr.

065/21

Dezernat/Fachbereich:
Fachbereich 9, Familien,
Schulen und Soziales

Bearbeitet von:
Köllner, Martina

Tel. Nr.:
82-2463

Datum:
16.04.2021

Betreff: Finanzierung Teststrategie

Sachverhalt/Begründung:

Bereits im AFJ am 1. März 2021 wurde die Teststrategie der Stadt vorgestellt. Der Schwerpunkt lag damals noch stark auf der Testung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Kitas und Einrichtungen der Schulkinderbetreuung. Bereits damals ist die Stadt in Vorleistung getreten noch ohne zu wissen, ob die Kosten für die Tests von Land oder Bund ersetzt werden. Die damalige Hochrechnung ging von einer potenziellen Haushaltsbelastung von 135 TEUR aus, die der Gemeinderat am 29.3.2021 im Rahmen außerplanmäßiger Aufwendungen (nachträglich) zur Verfügung gestellt hat. Die Deckung sollte vorrangig aus Kostenrückersätzen des Landes erfolgen. Tatsächlich hat sich die Lage dann so entwickelt wie vorausgesehen und tatsächlich werden die Kosten größtenteils vom Land übernommen.

Nun ist die Situation wieder ähnlich. Am 9. April gab es eine Verständigung zwischen Land und Kommunalen Spitzenverbänden, dass möglichst bald schon flächendeckend auch die Kita-Kinder getestet werden sollen. Wie die genaue Teststrategie aussehen soll war zum damaligen Zeitpunkt noch unklar. Geklärt wurde jedoch, dass die Kommunen diese Tests anschaffen sollen. Wie auch Anfang März hat die Stadt auch für die Kinder-Testungen einen möglichst schnellen Start angestrebt, in einigen Pilotseinrichtungen, auf freiwilliger Basis und um Abläufe einzuüben. Die hierfür erforderlichen Tests und die entstehenden Kosten waren noch überschaubar, die entsprechenden Bestellungen wurden bereits Anfang April in die Wege geleitet.

Für eine flächendeckende z.B. 2 x wöchentliche Testung aller Kitakinder in Offenburg (rund 2.600) werden jedoch ganz andere Mengen benötigt. Wenn man davon ausgeht, dass diese Tests von Mai bis Ende September 2021 gemacht werden, entsteht alleine ein Sachaufwand von ca. 450 bis 500 TEUR. Das Land wird sich daran nach eigener Aussage mit 50 % beteiligen – nach unserer eigenen Nachrechnung jedoch eher nur mit 40 %, d.h. die Kostentragung für verbleibende ca. 270 bis 300 TEUR ist noch unklar. Land und Kommunen sind der Auffassung, dass der Bund diese Kosten tragen müsste, allerdings wird diese Frage nicht zeitnah zu klären sein und deshalb ist vereinbart, dass die Kommunen in Vorleistung gehen.

Da die hierfür erforderlichen Mittel nicht im Haushalt etatisiert sind, sind auch hierfür wieder außerplanmäßige Aufwendungen erforderlich, die vorerst einmal auf 500 TEUR taxiert wird, wovon eine Teildeckung von rund 40 % durch Landesmittel erfolgt (teilweise jedoch mit erheblichem zeitlichen Verzug). Für den Rest ist noch nicht geklärt, ob der Bund aufkommen wird – insofern besteht hier ein gewisses Risiko für die Stadt.

Da bereits Anfang/Mitte April zeitnah reagiert und die Bestellungen aufgegeben werden musste, wurden die Fraktionsvorsitzenden über das geplante Vorgehen und den Vorgriff auf die zu tätigende außerplanmäßige Aufwendungen informiert. Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses der Vorlage, waren noch keine weiteren Fakten zu

Beschlussvorlage

Drucksache - Nr.

065/21

Dezernat/Fachbereich:
Fachbereich 9, Familien,
Schulen und Soziales

Bearbeitet von:
Köllner, Martina

Tel. Nr.:
82-2463

Datum:
16.04.2021

Betreff: Finanzierung Teststrategie

Abrechnung bzw. Teststrategie bekannt. In der GR Sitzung am 10.5. wird berichtet, wie zwischenzeitlich der Sachstand ist.

Aufgrund der wiederholt zunehmenden 7-Tages Inzidenzen sowie aufgrund der positiven Erfahrungen aus den anderen Teststrategien der Stadtverwaltung im Bereich des pädagogischen Personals, hat der Corona Stab beschlossen, dass eine weitere Teststrategie für die restlichen Beschäftigten der Kernverwaltung zur Bekämpfung der Corona-Pandemie etabliert werden müsse.

Um hier kurzfristig den Handlungsbedarf überbrücken zu können, wurde auf die Bürgertests verwiesen, jedoch zeigte sich recht schnell, dass diese Variante nicht die gewünschte Resonanz bei den Mitarbeitenden erreichte, da das Angebot nicht niederschwellig genug war. Deshalb soll ein vereinfachter Weg der Testung beschritten werden. Ziel sollte eine schnelle Umsetzung, eine möglichst gute Akzeptanz der Beschäftigten und eine einfache Handhabung der Tests sein. Alle Beschäftigten der Kernverwaltung erhalten nun pro Woche zwei sog. Laintests zur Eigenanwendung. Diese sollen zu Hause vor Arbeitsbeginn zum Einsatz kommen. Die Testung erfolgt in Abhängigkeit der Präsenztage. Das Testen zu Hause ist sinnvoll, um das Ansteckungsrisiko zu minimieren, da eine positiv getestete Person so erst gar nicht zum Arbeitsbeginn erscheint.

Zwischenzeitlich wurde auch durch die Verordnung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales die SARS-CoV-2-Arbeitsschutzverordnung dahingehend geändert, dass Arbeitgeber*innen allen Beschäftigten, die nicht im Homeoffice arbeiten können, mindestens einmal in der Woche einen Test zur Verfügung stellen müssen. Mit ihrem Angebot von zwei Tests pro Woche geht die Stadt Offenburg über diese Verpflichtung noch hinaus.

Je häufiger getestet wird und je schneller ein Testergebnis vorliegt, desto früher und wirkungsvoller kann eine Ausbreitung des Virus im Betrieb reduziert oder vermieden werden. Die oben beschriebene Teststrategie für die Beschäftigten der Kernverwaltung stellt eine notwendige Ergänzung der städtischen Arbeitsschutzmaßnahmen dar.

Zur flächendeckenden Bereitstellung von Selbsttests an alle Beschäftigten (rund 1.100 ohne das pädagogische Personal) werden für einen Zeitraum von 5 Monaten ca. 44.000 Selbsttests benötigt. Der Sachaufwand dafür beläuft sich auf ca. 170 bis 200 TEUR. Das Land wird sich nach eigener Aussage aktuell nicht beteiligen, sondern sieht den Erfüllungsaufwand beim Arbeitgeber. Ob und in welcher Höhe ggf. Kostenerstattungen geltend gemacht werden können, lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt daher noch nicht sagen.

Deshalb soll die Kostendeckung zunächst aus den allgemeinen Haushaltsmitteln - coronabedingter Mehraufwand - erfolgen.